

Dieser Newsletter wird in der englischen Fassung von SOMO und WEED herausgegeben (hier abonnieren).

Außer Kontrolle

EU unfähig zu einer vernünftigen Lösung für die Griechenlandkrise

Von Peter Wahl, WEED

Bei Redaktionsschluss dieses Textes (1. Juli, 10 Uhr) wusste niemand, wie die Konfrontation zwischen Griechenland und den 17 anderen Staaten der Eurogruppe weitergehen würde. Auch wenn die Frist für eine Einigung zur Zahlung aus dem verlängerten EU-Hilfspaket verstrichen ist und ein IWF-Kredit über 1,5 Milliarden Dollar zum 1. Juli 2015 nicht bedient wurde, dauerten hektische Aktivitäten – Briefe, Anrufe, Hintergrunddiplomatie – an und werden auch noch eine Weile dauern. Es ist unmöglich, von außen festzustellen, was Teil des „Schwarzer-Peter-Spiels“ auf allen Seiten ist und was ernsthafter Versuch, eine Lösung zu finden. Die Ereignisse überstürzen sich derart, dass niemand mehr den Prozess ganz kontrollieren kann. Es ist höchst fraglich, ob die EU ihr strategisches Doppelziel erreichen wird: Griechenland in der Eurozone zu halten und die Syriza-Regierung loszuwerden. Es ist immer noch alles möglich. Ein Durchwursteln in letzter Minute könnte durch einen Kompromiss kommen. Aber es könnte auch eine Insolvenz mit anschließendem Grexit eintreten, ungewollt oder mit Absicht. Allerdings bleibt eines gewiss. Die EU erlebt eine historische Krise mit weitreichenden Konsequenzen.

Unabhängig davon, wie das Drama weitergeht, ist schon jetzt riesiger und irreversibler Schaden entstanden. Von außen erscheint die Situation als totales Durcheinander. Verglichen mit den übrigen Großproblemen der EU – Migration, Ukraine, Brexit, Rechtspopulismus, Terrorismus, ökonomische Krise und Arbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten – wirkt Griechenland fast wie das am einfachsten zu lösende Problem. Deshalb macht die Mächtigen-Supermacht EU von Rio, Tokio oder Peking aus gesehen eine eher lächerliche Figur.

Neues Kapitel beim Demokratiedefizit

Ein näherer Blick offenbart einen Abgrund an brutaler Machtpolitik und Erpressungen durch den neoliberalen Goliath gegenüber dem griechischen David. Goliath kann nicht akzeptieren, dass ein Land, dessen Bevölkerung durch fünf Jahre gescheitertes Krisenmanagement völlig entkräftet und niedergedrückt ist, ein Recht auf demokratische Selbstbestimmung haben soll. Dass das Referendum ein Schock für die Eurogruppe war, bie-

Inhaltsübersicht

- 1 – Außer Kontrolle: EU unfähig zu einer vernünftigen Lösung für die Griechenlandkrise
- 2 – Schwacher Aktionsplan der Kommission zu Unternehmenssteuern
- 4 – Kurzinfo: Verhandlungen über FTS in Entscheidungsphase – aber es wird dauern
- 4 – Kurzinfo: Systemisches Risiko durch Großbanken immer noch nicht angegangen
- 5 – Kalender

tet einen tiefen Einblick in ihr Demokratieverständnis. In einer Stellungnahme auf der Finanzministerkonferenz **erinnerte** der griechische Vertreter Janis Varoufakis daran, dass seine „Partei 36% der Stimmen und die Regierung als ganze etwas mehr als 40% der Stimmen erhalten hat. Im vollen Bewusstsein der Tragweite unserer Entscheidung fühlen wir uns verpflichtet, den Vorschlag der Institutionen dem griechischen Volk zur Entscheidung vorzulegen.“ Aber solche Überlegungen scheinen den „Institutionen“ und tonangebenden Regierungen fremd. Jeroen Dijsselbloem, niederländischer Finanzminister und Vorsitzender der Eurogruppe, nannte die griechische Entscheidung „unfair“, nachdem Griechenland sich geweigert hatte, das von ihm gesetzte Ultimatum zu schlucken. Wieder einmal sind die Sozialdemokraten ganz vorne mit dabei, wenn es um Propaganda und Verunglimpfungen gegenüber Griechenland geht. Außenminister Steinmeier verglich das Referendum sogar mit einer „Geiselnahme“. Vizekanzler Gabriel sandte am Montag, den 29. Juni eine Drohbotschaft: **„Eine Neinstimme ist eine Stimme für den Euroaustritt Griechenlands“**.

Die eurokratischen Eliten sind es gewohnt, Entscheidungen von historischer Bedeutung zu treffen, ohne den Souverän der Demokratie, die Bürger und Bürgerinnen zu befragen. Daher der Lissabon-Vertrag, der eine Entwurfsverfassung nach ihrer Ablehnung durch die Niederlande und Irland 2005 ersetzte, oder die weitreichenden Krisenmaßnahmen seit 2008, die in einer Art dauerndem Notstandsmodus umgesetzt wurden. Die griechische Erfahrung fügt der langen Geschichte des Demokratiedefizits der EU ein neues Kapitel hinzu. Diejenigen, die seit 25 Jahren auf eine soziale und demokratische EU gehofft hatten, werden von der griechischen Erfahrung wohl endgültig desillusioniert.

Wie üblich war die Informationspolitik der Eurogruppe völlig intransparent. Da sie nie Verhandlungsdokumente veröffentlichten, musste man sich auf die Aussagen von Politikern verlassen, die natürlich immer durch deren strategische Interessen gefärbt sind. Syriza veröffentlichte die [Entwurfseignung](#), die von der Eurogruppe zurückgewiesen wurde. Verzweifelt stellte Juncker am 26. Juni den jüngsten EU-Vorschlag ins Netz, mit der Behauptung, er wolle die Griechen die „Wahrheit“ wissen lassen. Aus den Dokumenten wird klar, dass die Behauptung, dass es keine Rentenkürzung oder keine Mehrwertsteuererhöhung gegeben habe, schlicht falsch ist.

Zunehmende Fliehkräfte

Was immer mit Griechenland in der Zukunft passiert, das ganze Drama ist ein Indikator dafür, dass die EU an einem historischen Wendepunkt angelangt ist. Zu viele gewichtige Probleme bleiben ungelöst, angefangen bei der Währung. Wirtschaftlich ist es eine Fehlkonstruktion, für so unterschiedliche Staaten eine gemeinsame Währung ohne einen übergeordneten gemeinsamen Staat zu haben. Die Krise und das Scheitern des Krisenmanagements haben die Asymmetrien weiter vertieft. Die Fliehkräfte nehmen zu. Selbst wenn ein anderes Referendum, nämlich das in Großbritannien, nicht zu einem Brexit führen sollte, wird der ganze Prozess mit Sicherheit zu einer Schwächung der EU führen.

Der zentrifugale Trend wird verstärkt durch eine andere wichtige Entwicklung, die sich seit der Finanzkrise von 2008 ergeben hat: Deutschland spielt immer mehr eine hegemoniale Rolle. Eine Grundelement der Philosophie der Europäischen Integration, nämlich dieses große Land in der Mitte des Kontinents einzubetten und einzudämmen, ist außer Kraft gesetzt. Trotz aller öffentlichen Bekräftigungen des Gegenteils beargwöhnen dies die meisten Europäern, besonders die früheren imperialen Mächte Großbritannien und Frankreich. Die deutsche Hegemonie wird deshalb in Frage gestellt und die Begeisterung für eine tiefere Integration wird begrenzt sein. Das ändert sich auch nicht mit dem [jüngsten Vorschlag](#) von Juncker, Tusk, Schulz, Dijsselbloem und Draghi für einen Sprung vorwärts bei der wirtschaftlichen und monetären Integration der Eurozone. Dieser Plan wird nicht funktionieren, da die meisten Staaten diesen Weg nicht gehen wollen. Wie jüngst der Umgang mit den Flüchtlingsproblemen wieder zeigt, stellen die meisten Mitgliedstaaten ihre nationalen Interessen immer stärker oben an.

Realismus statt Euromantizismus

Die EU ist im raschen Niedergang. Um nicht komplett in nationale Fragmentierung zurückzufallen, wäre es klug, ihre Zukunft neu zu definieren – die sogenannte Finalitätsfrage. Die Illusion von *Vereinigten Staaten von Europa* sollte auf jeden Fall begraben werden. Statt dessen braucht es mehr interne Flexibilität und Pluralismus, auch was die Wirtschaftsmodelle angeht. Mit dem neoliberalen

Konstitutionalismus, wie er in den Verträgen verankert ist, muss gebrochen werden. Wir brauchen weniger Zentralisierung und mehr Subsidiarität. Das bedeutet selektive Desintegration in bestimmten Bereichen, wie bei der gemeinsamen Währung. Das Tabu, über Alternativen zur Gemeinschaftswährung zu diskutieren, das sogar weite Teile der Zivilgesellschaft erfasst hat, muss aufgehoben werden. Dafür sollte selektive Integration in anderen Feldern vorangetrieben werden, zum Beispiel durch ein gemeinsames Netz für erneuerbare Energie und nachhaltigen Transport oder Verbraucherschutz, unter anderem gegen Big Data.

Zugleich muss es mehr Offenheit nach außen geben. Das könnte eine Stärkung der Partnerschaften mit Nordafrika, der Türkei oder dem Mittleren Osten sein, oder die Idee eines „gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik zum Pazifik“, wie von Hollande, Merkel und Putin im [Minsk-II-Abkommen](#) vorgeschlagen. In Zeiten der Globalisierung scheint die Idee eines föderalen Superstaates irgendwie veraltet. Wir brauchen Realismus statt Euromantizismus.

Schwacher Aktionsplan der Kommission zu Unternehmenssteuern

Von Markus Henn, WEED

Die Europäische Kommission hat am 17. Juni 2015 einen neuen [Aktionsplan für faire und transparentere Unternehmenssteuern](#) veröffentlicht. Der Plan versucht hauptsächlich, einen früheren Gesetzesvorschlag der Kommission aus dem Jahr 2011 wiederzubeleben, in dem ein umfassendes neues EU-System für die Unternehmenssteuern unter dem Namen [Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage](#) (GKKB) vorgeschlagen wurde. Dieses System würde nicht nur eine EU-weite Steuerbasis schaffen, also Regeln nach denen Gewinne berechnet werden, sondern es würde auch die erwirtschafteten Gewinne in der EU auf eine gänzlich neue Art und Weise verteilen: Die Gewinne würden anhand einer Verteilungsformel verteilt werden. Die Formel basiert dabei auf bestimmten Faktoren wie zum Beispiel dem Umsatz oder der Mitarbeiter/innenzahl für jedes Land, in dem das Unternehmen aktiv ist – ein solches System wird auch [Gesamtkonzernsteuer](#) genannt. Anders als in ihrem Vorschlag von 2011 möchte die Kommission das System jetzt verpflichtend machen. Das ist gut, denn sonst hätten sich die Unternehmen das Steuersystem (EU oder national) mit den niedrigsten Steuern gesucht. Jedoch gibt es immer noch Schwachstellen im Gesetzesvorschlag. Zum Beispiel möchte die Kommission die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Verteilungsformel stärken, obwohl gerade diese Ausgaben ein typischer Weg für Gewinnverschiebung sind. Außerdem schlägt die

Kommission als Übergang eine EU-weite Verlustverrechnung auch ohne eine GKKB vor. Unternehmen könnten dann Verluste in einem EU-Staat mit Gewinnen in einem anderen verrechnen und so ihre Steuerlast reduzieren. Schließlich wird von der Kommission kein Mindeststeuersatz vorgesehen. Ohne einen solchen würde die GKKB jedoch wahrscheinlich eine neue Welle des Steuerwettbewerbs durch Senkungen der Steuersätze auslösen. Deswegen braucht es, wie auch vom [Europäischen Parlament](#) vorgeschlagen, einen gemeinsamen Mindeststeuersatz, zum Beispiel von 25%.

Ein weiteres Element des Aktionsplans ist die Veröffentlichung einer schwarzen Liste mit 30 Steuer-oasen. Jedoch schiebt die EU-Kommission den Schwarzen Peter ausschließlich Drittstaaten und Gebieten wie bspw. Andorra, den Bahamas, Guernsey und Liberia zu. Sie übergeht völlig, dass insbesondere einige europäische Länder zu den schlimmsten Schattenfinanzplätzen gehören. Dabei trug gerade der Skandal um die dubiosen Steuerpraktiken Luxemburgs unter dem damaligen Finanz- und Premierminister Jean-Claude Juncker stark dazu bei, dass Steuervermeidung so hoch auf der Agenda der EU-Kommission steht.

Schließlich möchte die Kommission die Unternehmenstransparenz verbessern. Jedoch hat sie nur eine [Konsultation](#) gestartet, die immerhin bereits online ist und bis zum 9. September läuft. Die Konsultation ist nicht viel. Das Ziel der Kommission ist die Evaluierung der Wirkung von mehr Transparenz auf die Unternehmen. Allerdings hat sie dies bereits für Banken getan, von denen in der EU seit dem Geschäftsjahr 2014 länderspezifische Berichte mit Unternehmens- und Steuerdaten gefordert werden. In der [Evaluierung](#) der Bankentransparenz konnte die Kommission keine negativen, sondern sogar leicht positive Auswirkungen feststellen. Jetzt auf die Ergebnisse einer weiteren Ergebnisse zu warten, obwohl die Vorteile offensichtlich sind, kann nur als Hinhalte-Strategie bezeichnet werden.

Parlamentsuntersuchung ausgebremst

Der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments [TAXE](#), der nach den Luxemburg Leaks Skandal des letzten Jahres gegründet wurde, ist momentan für vorerst sechs Monate. Der Ausschuss hatte seine ersten Treffen und sechs Besuche bei vermeintlichen europäischen Steueroasen, was die Entschlossenheit der Parlamentarier/innen zeigt, den Ausschuss zum Erfolg zu machen. Jedoch beschwerten sich einige, wie der liberale Michael Theurer, dass die Arbeit des Ausschusses [ausgebremst](#) wird: Als dieser vor kurzem Unternehmensvertreter für den Ausschuss anfragte, [sagte nur einer von 15 zu](#).

Die Arbeit von G20 und OECD könnte die Lage noch verschlechtern

In der Zwischenzeit beschäftigen sich die OECD/G20-Arbeitsgruppen weiterhin mit dem Ak-

tionsplan zu „[Gewinnverkürzung und -verlagerung](#)“ (engl. abgekürzt BEPS, für Hintergründe siehe [Newsletter Dezember 2014](#) und die [BEPS Monitoring Group](#)). Die Gruppen haben in den letzten Monaten viele neue Entwürfe zu den 15 Aktionspunkten veröffentlicht. Es ist noch nicht klar, was bei dem BEPS-Projekt herauskommt, da viele Vorschläge entweder vage sind oder sogar in die falsche Richtung führen. Die BEPS Monitoring Group ist deswegen [besorgt](#) dass das vorgeschlagene Paket „eine bereits schlechte Situation noch schlimmer machen könnte“. Die Kritik beinhaltet:

- Es gibt nur geringe Fortschritte zu wichtigen Maßnahmen, wie zum Beispiel Gegenmaßnahmen zu Briefkastenfirmen oder die Definition einer „Betriebsstätte“, welche Voraussetzung für die Besteuerung einer Unternehmenseinheit in einem Land ist.
- Das gesamte Projekt verlässt sich weiterhin auf das alte Verrechnungspreissystem, in dem alle Teile eines multinationalen Unternehmens separat betrachtet werden und das nicht anerkennt, dass Unternehmen in der Realität integrierte Unternehmen unter zentraler Führung sind.
- Es gibt Pläne, Schiedsverfahren zu stärken, die womöglich auch Unternehmen stärkere Rechte gegen Steuerbehörden geben könnten.
- Die vorgeschlagene länderspezifische Berichterstattung für wichtige Geschäfts- und Steuerzahlen, die im Prinzip gut ist, wird nicht öffentlich sein und einen viel zu hohen Schwellenwert von 750 Millionen Euro Umsatz haben.

Aber es steht immer noch die Frage im Raum, ob die Staaten sich überhaupt auf ein Paket einigen können. Es gibt zwar einen BEPS-Aktionspunkt mit dem Plan für ein multilaterales Abkommen, das die geschätzten 3.000 bilateralen Steuerabkommen ersetzen soll. Aber es häufen sich Indizien, dass eine Einigung auf BEPS-Ergebnisse und auf ein multilaterales Abkommen schwer wird. So haben die USA schon erklärt, bei letzterem nicht mitzumachen und kürzlich [beschwerte](#) sich Robert Stack vom US-Finanzministerium: „Statt grundlegender Reformen haben wir viel Herumschrauben an Details von alten Regeln bekommen; vage und subjektive Regeln, welche Steuerbeamte ermächtigen, übertriebene Beurteilungen von ausländischen Investoren zu haben, wenn es ihrem eigenen Interesse dient.“ Dies ist eine besorgniserregende Aussage, wenn man bedenkt, dass es insbesondere US-Unternehmen wie [Walmart](#) sind, die EU Steueroasen verwenden – mit stillschweigender Duldung der US-Regierung. Wenn die Vereinigten Staaten und die EU nicht bereit sind, ihre jeweilige Verantwortung für das Problem zu akzeptieren, wird die Steuervermeidung weiterhin gehen.

Kurzinfo: Verhandlungen über FTT in Entscheidungsphase – aber es wird dauern

Es gibt immer wieder widersprüchliche Medienberichte über den Stand der Verhandlungen über eine Finanztransaktionssteuer (FTT) in der EU (für Hintergrund siehe [Newsletter Februar 2015](#)). Oft sind es pure Spekulation oder der Versuch, handfeste Interessen der Finanzlobby durchzusetzen, wenn die FTT für tot erklärt wird. Solche Gerüchte haben keine Grundlage.

Hier sind einige Informationen, die sich auf verlässliche Quellen von Insidern der Verhandlungen stützen:

- Die Verhandlungen sind in der Entscheidungsphase. Nachdem Österreich die Koordination der Gruppe übernommen hat und Portugal technische Hilfe leistet, gibt es jetzt eine Liste der Hauptthemen, die noch diskutiert werden müssen.
- Auch wenn es einen Konsens für eine FTT mit breiter Basis gibt, die Derivate einschließt, bleiben immer noch strittige Punkte. Dazu gehört, ob das Wohnsitzlandprinzip, das Ausgabeprinzip oder eine Kombination aus beidem gelten soll. Zusätzlich will Frankreich den Intra-Day-Handel nicht besteuern, sondern die Steuer nur zum Zeitpunkt des Zahlungsausgleichs erheben. Schließlich werden Ausnahmen für Derivate und Market Maker diskutiert.
- Die Kräfteverhältnisse sind durch zwei Blöcke gekennzeichnet: Österreich und Deutschland stehen für eine starke FTT, Frankreich und zu einem gewissen Grad Italien und Spanien sprechen sich für eine schwache Steuer aus. Die kleineren Länder haben vor allem ein Interesse an substanziellen Einnahmen, wobei diese nur mit einer starken Steuer möglich sind.

Diese Konstellation führt zu komplizierten und langwierigen Verhandlungen sowie zu Kompromissen bei vielen Details. Deshalb wird sich weder der ambitionierte Entwurf der EU-Kommission noch die französische Minister durchsetzen, sondern etwas dazwischen. Das bedeutet auch, dass die Verhandlungen mehr Zeit als ursprünglich erwartet brauchen werden. Eine endgültige Entscheidung wird deshalb womöglich erst bis Sommer 2016 erreicht werden.

Kurzinfo: Systemisches Risiko durch Großbanken immer noch nicht angegangen

In einer außergewöhnlichen Abstimmung am 26. Mai 2015 hat eine knappe Mehrheit von EU-Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments gegen den Vorschlag des Berichterstatters zur Restrukturierung von „Zu-groß-zum-Scheitern“-Banken gestimmt und so einen Kompromiss verhindert. Die ablehnenden Abgeordneten sahen in dem Vorschlag nur eine Regulierung, die wenig dazu beigetragen hätte, das Finanzrisiko von zu großen Banken zu verringern (siehe [Newsletter März 2015](#)). Nach einem erneuten Versuch, einen Kompromiss zu finden (es ist noch kein Termin bekannt), mutmaßlich mit etwas strikteren Regeln, wird der Ausschuss wieder über einen Bericht abstimmen, der denn die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Rat über das endgültige Gesetz bildet.

Überraschenderweise hat sich aber der Rat der EU-Finanzminister nach monatelangen Diskussionen auf [eine Position geeinigt](#). Das Schlüsselement ist dabei, dass globale systemrelevante Institutionen oder Einheiten mit Vermögenswerten von mindestens 30 Milliarden € oder einem Handelsvolumen von mindestens 70 Milliarden € erfasst sind. Diese Banken werden strikteren Risikobewertungen ihres Handels unterzogen. Nur wenn der Handel der Bank 100 Milliarden € überschreitet und diese übermäßig riskant sind, kann die Aufsichtsbehörde eine Erhöhung des Kapitalpuffers oder die Abtrennung des Handels vom restlichen Bankengeschäft fordern. Spekulation oder Wetten auf eigenes Risiko wird nicht verboten, muss allerdings in eine separate Bankeneinheit ausgelagert werden. Diese Vorgaben sollen nicht für Länder gelten, die bereits ein Gesetz mit strikteren Anforderungen haben, oder in Ländern, in denen Kreditaktivitäten von anderen Bankaktivitäten abgeschottet sind, so wie es in Großbritannien der Fall sein wird („ring fencing“). Dieser Vorschlag des Rates wird für 14 Banken gelten und ist bedeutend schwächer als der ursprüngliche [Kommissionsvorschlag](#). Er reduziert auch nicht die Größe der Banken. Die Frage ist, ob dies das systemische Risiko von Banken reduziert, welche zu groß zum Scheitern bzw. Retten oder zu vernetzt oder zu komplex zum Retten, Beaufsichtigen oder Auflösen sind.

Kalender

Für mehr Hintergrundinformationen zu den offiziellen Terminen der europäischen Institutionen siehe:

- Europäische Kommission
- Europäischer Rat
- Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments
- G20-Finanzstabilitätsrat (FSB)

Juli

- **1, EU:** Beginn der Luxemburgischen EU-Präsidentschaft
- **6-9, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu Wertpapierfinanzierungsgeschäften, zum Regulatorischen Eignungs- und Leistungsprogramm (REFIT)
- **13-16, VN (Addis Abeba):** Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung
- **15-16, ECON (Brüssel):** Abstimmung zu Harmonisierten Indizes für Konsumentenpreise
- **24, ECOFIN (Brüssel):** Treffen

September

- **??, KOM (Brüssel):** Aktionsplan Kapitalmarktunion
- **3, ECON (Brüssel):** Treffen
- **4-5, G20 (Ankara):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **9, EC,** Ende der Konsultation zur vertragsrechtlichen Vorschriften für den Online-Erwerb von digitalen Inhalten und Sachgütern
- **9, EC,** Ende der Konsultation zur Verbesserung der Transparenz der Unternehmenssteuer
- **7-10, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu Strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten und zu Indizes, die bei Finanzierungsinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden
- **14-15, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über Transparentere Gestaltung, Koordination und Annäherung der Politik im Bereich der Körperschaftssteuer
- **16, EP (Brüssel):** Plenum
- **23, ECON (Brüssel):** Treffen

Oktober

- **5, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **6, ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **5-8, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu Transparentere Gestaltung, Koordination und Annäherung im Bereich der Körperschaftssteuer und Steuerfairness in Europa
- **8, G20 (Lima):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **9-11, Weltbank/WMF (Lima):** Jahrestreffen
- **13, ECON (Brüssel):** Abstimmung zu Besteuerung von Spareinkommen in der Form von Zinszahlungen
- **14, EP (Brüssel):** Plenum
- **14-16, Europäischer Rat (Brüssel):** Treffen
- **19, ECON (Brüssel):** Abstimmung über verbindlichen und automatischen Austausch von Steuerinformationen und der weitere Weg zu einem effizienteren und effektiveren EU Struktur für Finanzregulierungen und der Kapitalmarktunion
- **26-29, EP (Straßburg):** Plenum

November

- **9, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **9-10, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung
- **11, EP (Straßburg):** Plenum
- **12, ECON (Brüssel):** Treffen
- **15-16, G20 (Antalya):** Gipfeltreffen
- **23-26, EP (Straßburg):** Plenum
- **25, EBA (London):** Öffentliche Anhörung zu vereinfachten Pflichten
- **30, ECON (Brüssel):** Abstimmung zur Rolle der EU in der Struktur der Aufsichtsinstitutionen und –Behörden

Dezember

- **1, G20 (China):** China übernimmt G20 Präsidentschaft
- **1, ECON (Brüssel):** Abstimmung zu Transparenz, Koordination und Konvergenz in der Unternehmenssteuerpolitik
- **2, EP (Brüssel):** Plenum
- **7, ECON (Brüssel):** Treffen
- **14-17, EP (Straßburg):** Plenum
- **17-18, Europäischer Rat (Brüssel):** Treffen
- **31, G7:** Ende der deutschen Präsidentschaft

Herausgeber: Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin. Die englische Originalfassung wird gemeinsam mit der niederländischen Organisation SOMO herausgegeben.

Kontaktperson: Markus Henn, Tel. 0049-30-27582249, markus.henn@weed-online.org

Dieser Newsletter ist finanziell gefördert von der Ford Foundation. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können nicht der Ford Foundation zugerechnet werden.



www.weed-online.org